

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Umlage Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Kleinteile RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhohndorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 123

Sonnabend, den 28. Mai 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Die seitens des Stadtrates erlassenen Vorschriften für den Bau und die Einrich-
tung von Kraftfahrzeughallen und die Polizeiverordnung über äußere Luftleiter zum Rund-
funkempfang liegen bis einschließlich 15. Juni 1927 im hiesigen Baupolizeiamte zu jeder-
manns Einsichtnahme während der Dienststunden öffentlich aus.

Pulsnitz, am 28. Mai 1927. Der Stadtrat — Baupolizeiamt

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Der japanische Kriegsminister hat eine besondere Vollmacht erhalten,
nach der er sofort 2000 Mann von den in der Mandchurei stehenden
japanischen Truppen nach Nordchina versetzen kann, wenn japanisches
Leben oder Eigentum ihm bedroht erscheint.
Die Schifffahrt zwischen Leningrad und London ist bereits eingestellt
worden. Nach einer Meldung aus Moskau hat der Schiffahrtsrat
die Schiffe aufgefordert, alle englischen Häfen und Schiffe zu boy-
kottieren.
Die deutsche Botschaft in London ist mit der Vertretung der russischen
Interessen beauftragt worden.
Mussolini hielt in der italienischen Kammer eine große Rede über die
Aufgaben des Faschismus.
Die „Arcos“ wird zur Abwicklung ihrer Geschäfte wahrscheinlich nach
Berlin verlegt.
Nach 6 Jahren Aufenthalt in der Fremdenlegation kehrte der Arbeiter
Mischewsky nach Deutschland zurück.
Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die britische Flagge auf dem Bot-
schaftsgebäude gestern eingezogen worden. Die Mitglieder der briti-
schen Mission haben Moskau verlassen.
Im Parlament der Südafrikanischen Union erklärte Premierminister,
General Herzog, Südafrika werde im Augenblick keine Maßnahmen
ergreifen, um auch seinerseits die Handelsbeziehungen mit Sowjet-
rußland der bestehenden diplomatischen Vorrechte zu entziehen.
Die Jahrestagung der Stadt Nordhausen wurde am Freitag mit
einem Begrüßungsabend eingeleitet.
Der nach Unterschlagung von 845 000 RM Amtsgeldern im Dez. 1926
geflüchtete Postmeister Kattwinkel ist in einem Hotel in Lyon ver-
haftet worden. Das Auslieferungsverfahren ist bereits eingeleitet.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserm wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.
Eine Denkschrift des Reichverbandes der deutschen Industrie
über die Wirtschaftslage. — Reichsbankpräsident und Börse.
— Zunehmende Schwierigkeiten am Geldmarkt.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat aus An-
laß seiner Präsidial- und Hauptauschussung eine Denk-
schrift an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, die sich ein-
gehend über die Gestaltung unserer Wirtschaftslage äußert.
Darin wird ausgeführt, daß es unvermeidbar sei, daß nahe-
zu auf allen Gebieten der deutschen Wirt-
schaft eine Besserung eingetreten hat, die einen lang-
samen Aufschwung erhoffen läßt. Die trotz großer Schwierig-
keiten durchgeführte umfangreiche Maßnahmen der In-
dustrie auf produktions-technischem und organisatorischem
Gebiet haben neben einer Reihe äußerer Faktoren dazu be-
tragen, die Verbesserung der Wirtschaftslage zu schaffen.
Auf der anderen Seite kann man aber nur mit Besorgnis
beobachten, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands
in der öffentlichen Meinung und leider auch bei
amtlichen Stellen stark überschätzt wird. Die Zahl der
Produktionsstätten, die wegen Mangels an Aufträgen still-
liegen oder nicht voll ausgenutzt werden können, ist nicht ge-
ring. Trotz Abnahme der Zahl der Arbeitslosen in den letz-
ten vier Wochen gibt es immer noch beinahe eine Million
Menschen, die arbeitsfähig sind, in den Produktionsprozess
aber nicht eingeschaltet werden können. Unsere Ausfuhr
bleibt mengenmäßig noch sehr stark hinter der Vor-
kriegsausfuhr zurück, und die handelspolitische Lage
hat sich eher ungünstiger gestaltet als verbessert. Die Ver-
hältnisse auf dem realen Kreditmarkt haben sich verschlechtert,
und die Daweslasten nehmen planmäßig auch im
nächsten Jahre noch zu, um vom 1. September 1928 ab sich
in voller Höhe auszuwirken. Post und Eisenbahn wollen
wegen der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitregelung zu
einer Erhöhung ihrer Tarife schreiten. Damit würden die
Kosten der Betriebe vergrößert und die Kosten des End-
produktes weiter verteuert werden. Am Schluß des Schrei-
bens wendet sich der Reichsverband an den Reichswirt-
schaftsminister mit der Bitte, seinen ganzen Einfluß dafür
einzusetzen, daß Maßnahmen verhindert werden, die neuer-
lings die deutsche Wirtschaft Experimenten aussetzen, die
nur dazu führen können, die Rentabilität der Betriebe dau-
ernd ernstlich zu gefährden, die Lebenshaltung der breiten
Massen der Bevölkerung herabzusetzen und die Arbeitslosig-
keit zu vergrößern.

Die deutsche Botschaft in London mit der Interessenvertretung Rußlands betraut

Die Reichsregierung entspricht dem Wunsche Rußlands
Die Lage in China — Begnadigung der Leiferder Attentäter

✚ Berlin. Der russische Botschafter in Ber-
lin, Kresinski, sprach im Berliner Auswärtigen Amt
vor, um den Wunsch seiner Regierung zu übermitteln, daß die
Reichsregierung angesichts des Abbruchs der Beziehungen
zwischen der britischen Regierung und der Sowjetregierung
die Deutsche Botschaft in London mit der Wahrnehmung der
russischen Interessen in England beauftragen möge. Die
Reichsregierung hat diesem Wunsche entsprochen.

Die Arcos soll nach Berlin verlegt werden.
Ein Antrag der russischen Botschaft in
Berlin.

✚ Berlin. Die russische Botschaft in Berlin hat beim
Auswärtigen Amt offiziell den Antrag gestellt, daß den
Mitgliedern der Londoner Arcos-Gesellschaft die Einreise-
erlaubnis nach Deutschland erteilt werde, damit die Arcos,
die England mit der diplomatischen Vertretung binnen zehn
Tagen verlassen muß, die Abwicklung ihrer englischen Ge-
schäfte von Berlin aus vornehmen kann.

Man hat in Berliner diplomatischen Kreisen den Ein-
druck, daß die Reichsregierung auf Grund des Berliner Ver-
trages die Einreiseerlaubnis erteilen wird, wenn auch unter
der Voraussetzung, daß es sich nur um die Abwicklung der
Geschäfte mit England handelt.

Ein englisches Weißbuch

Vor Beginn der Debatte war im Unterhause ein Weiß-
buch verteilt worden, das die Ueberschrift trägt: „Die
feindselige Aktivität der Sowjetregierung
und der Dritten Internationale gegen
Großbritannien“. Der erste Teil des Buches ist mit
Papieren angefüllt, die der Polizei bei der Durchsuchung
der „Arcos“ in die Hände fielen, und der zweite Teil ent-
hält Dokumente, die auf andere Weise in den Besitz des
Londoner Auswärtigen Amtes geraten sind. Darunter be-
finden sich Briefe, in denen sich Vorschläge und
Hinze über Mittel und Wege zur Ver-
breitung der bolschewistischen Propaganda
gegeben wurden.

Die englische Note dem russischen Geschäftsträger überreicht.

London. Die englische Note über den Abbruch der Be-
ziehungen zu Rußland ist am Freitag dem russischen Ge-
schäftsträger Rosengolz zugestellt worden. In russischen
Kreisen wurde erklärt, daß die Lage als sehr ernst zu be-
zeichnen sei, daß aber im Augenblick noch keine weitere Aus-
sicht gegeben werden könne.

Inzwischen hat der Reichsbankpräsident, Dr.
Schacht, in Straßburg anlässlich der Einweihung des neuen
Straßburger Reichsbankgebäudes Veranlassung genommen,
die Wirtschaftslage abermals zu streifen. Er betonte, daß
darauf hingearbeitet werden müsse, die Reichsbank wieder
zum Barometer der Wirtschaft zu machen, und ging dann
wieder auf die Situation an den deutschen Börsen über.
Trotz der vorausgegangenen starken Kurseinbrüche be-
zeichnete er abermals die Börsenspekulation für ungefährd
und die Kurse für zu hoch, genau so wie vor ihm Herr
v. Siemens in der Schweiz. Die Lage an der Börse
ist zurzeit völlig ungeklärt; eine durchgreifende
Besserung hat sich bisher nicht durchsetzen können, da vor
allen Dingen die Situation am Geld- und Kapitalmarkt
äußerst ernst ist. Wie der Reichsbankpräsident ausführte, ist
die Reichsbank durch die wilde Börsenspekulation ungefähr-

Russische Schiffe meiden englische Häfen.

Riga. Berichten aus Moskau zufolge hat die russische
Regierung ein Verbot für russische Schiffe er-
lassen, englische Häfen anzulassen.

Die Lage in China — Niederlage der Kan- tontruppen

Berlin, 28. Mai. Nach Morgenblättermeldungen be-
stätigt sich die Nachricht von einer schweren Niederlage der
Kantontruppen in der Provinz Honan. Die achte Armee
der Kantonesen soll dabei völlig aufgerieben worden sein.
Worodin soll mit sieben anderen Russen am Freitag morgen
sich aus Hankau auf das südliche Flußufer begeben haben.
Es verlautet, daß zwischen der Hankauer Regierung und
Tschangtaischel ein Einverständnis erzielt worden sei.

Deutsche Kulturgemeinschaft.

Dr. Stresemann auf der Jahrestagung des
deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart.

✚ Stuttgart. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des
deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart hielt Reichsaußen-
minister Dr. Stresemann eine Ansprache, in der er be-
tonte, daß das deutsche Volk das Recht habe, sich moralisch
ebenso frei zu fühlen wie irgendein anderes Volk dieser Erde.
Einen wesentlichen Aktiwposten für unsere Außenpolitik sehe
er in dem Verbundensein der deutschen Kulturgemeinschaft
auf der Erde, das nie so stark gewesen sei wie nach dem ver-
lorenen Krieg. Die ganze Welt habe das Empfinden, daß
die Deutschen die Möglichkeit hätten, wieder groß zu werden.
Nichts schade uns mehr in dieser Beziehung als Mangel an
Geduld.

Zu warnen sei vor einem tragischen Optimismus, der
glaube, daß wir über den Berg seien, aber auch vor jedem
Pessimismus, der glaube, es werde doch nichts, weil es nicht
so schnell gehe.

Ein politisches Moment liege in den drei großen Ge-
danken, die ein Sinnbild des Jahrhunderts werden können:
Frieden nach außen, Freiheit nach innen und Selbstbestim-
mung aller. Lasse man den Völkern diese Entwicklung, dann
werde im Ringen der Völker Deutschland nicht der schlechteste
Teil sein.

um eine Milliarde Reichsmark geschädigt worden, da sie im
letzten Monat für eine Milliarde Devisen verloren habe, was
sich auch in den Ausweisen der Reichsbank widerspiegelt. Die
Effektenkäufer haben sich Geld vom Ausland beschafft, und
zwar in Beträgen, die für eine normale Wirtschaft zu hoch
sind. Lange Arbeit wird nötig sein, um das, was wir ver-
loren haben, wieder zu erarbeiten.

Die Verfassung des Geldmarktes gibt der Börse ernst-
haft zu denken. Für tägliches Geld besteht der Satz von 4 1/2
bis 6 Prozent rein nominell, und für erste Firmen liegt
er bereits wesentlich darunter. Schlamm schiebt es aber für
Geld auf lange Sicht aus. Man befürchtet, daß der Markt
in dieser Beziehung noch größere Schwierigkeiten bringen
wird, da ein Angebot überhaupt nicht vorhanden ist. Ver-
mingeld kostet im allgemeinen bis zu 8 1/2 Prozent, während
man für Geld, das zur Verlängerung von Verpflichtungen

